

Entwicklung zeigt – zu einem programmier-ten und dauerhaften Auseinanderklaffen von durchschnittlichem Arbeitseinkommen und dem Alterseinkommen der Rentner. Sie ist auch weitgehend durch die Alterspyramide nicht ge-rechtfertigt. Besonders frustrierend ist es, dass in der Ankündigung über die minimale Rente-nerhöhung kein Wort über eine Annäherung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West enthalten ist.

17 Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit ist es völlig unverständlich, dass es noch immer ein Rentengebiet West und ein – mit um 13 % niedrigeres – Rentengebiet Ost gibt. Das Stufenprogramm der Gewerkschaft ver.di, dem sich der DGB und die meisten Industriege-werkschaften inzwischen angeschlossen haben, soll offensichtlich nicht bei der angekündigten Rentenanpassung berücksichtigt werden. Die unterschiedliche Bruttowertschöpfung in den einzelnen westlichen Bundesländern führt nie-mals zu unterschiedlichen Renten, aber im Os-ten soll für unendliche Zeiten ein geringerer Rentenwert gelten. Erneut wird mit der für 2007 zu erwartenden besonders hohen Inflationsra-te, durch die Mehrwertserhöhung, den bereits wirksamen und den angekündigten Tarif- und Beitragserhöhungen, der schon in den letzten Jahren ständig abgeschröpfte Realwert der Renten weiter sinken. Andererseits verzeichnen die Mehrzahl der großen Unternehmen kräftige Gewinne (die der Mitglieder der Aufsichtsräte und der Manager in besonders hohem Maße). Selbst die im Bundestag agierenden Parteien traten in der letzten Zeit zunehmend gegen die Raffgier der Reichen auf. Auch die Staatsfinan-zen sind glücklicherweise wieder in einem bes-seren Zustand. Bei der überwiegenden Zahl der Erwerbstätigen wurden, wenn auch bei weiten nicht in gleicher Höhe wie bei den Gewinnen, Verbesserungen der Löhne und Gehälter er-reicht. Nur bei den Rentnern, den Empfängern von Arbeitslosengeld II und der Leistungen der Grundsicherung wird nicht einmal eine der In-flationsrate entsprechende Anpassung erreicht. Dabei sind die Rentenansprüche durch langjäh-rige Arbeitsleistungen und Beiträge rechtmäßig erworben und demgemäß nach Artikel 14 GG eigentumsgeschützt. Der Ausschluss einer den Lebensstandard sichernden Anpassung ist somit unserer Meinung nach grundgesetzwidrig. Wir fordern deshalb die Angleichung des Renten-wertes Ost und eine ständige Anpassung der Renten, der Leistungen bei Arbeitslosigkeit und der Grundsicherung in Höhe der Inflationsrate als das Minimum dessen, was der Sozialstaats-grundsatz gebietet.

## OKV-Position zur »Rentenerhöhung«

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. (OKV) hat sich – die Rentenerhöhung zum 01.07.2007 betreffend – mit folgendem Schrei-ben an Herrn Franz Müntefering, Stellvertreter der Bundeskanzlerin und Minister für Arbeit und Soziales gewandt:

Sehr geehrter Herr Vizekanzler,  
vor wenigen Tagen gaben Sie bekannt, dass voraussichtlich zum 1. Juli des Jahres eine Ren-tenerhöhung um 0,54 Prozent erfolgen soll. Die Öffentlichkeit bewertete diese Mitteilung überwiegend kritisch. Dies halten auch wir für völlig berechtigt, bedeutet sie doch, dass das Monatseinkommen eines so genannten Eck-rentners (45 Versicherungsjahre mit ständig durchschnittlichem Einkommen) in den neuen Bundesländern monatlich auf brutto 1039,44 € und damit lediglich um 10,79 € steigt. Da die Monatsrente in den alten Bundesländern mit der Erhöhung auf 1182,43 € ansteigt, bleibt auch der Abstand zur Rente im Osten weiterhin mit 87,79 Prozent erhalten. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass kaum einer die 45 Versicherungsjahre erreicht. Durch die bereits zum 1. April eingetretene Erhöhung der meisten Krankenkassenbeiträge wird die oben genannte »Erhöhung« noch einmal gekürzt.

Sie erklärten, dass diese Rentenerhöhung Resultat der positiven Wirtschaftsentwicklung sei und auch das Wachstum der Löhne und Ge-hälter widerspiegle. Wir müssen Ihnen jedoch

in diesem Zusammenhang die Zahlen des Statis-tischen Bundesamtes entgegenhalten. Danach ergibt sich folgendes Bild (s. Tabelle unten):

Das Bruttoinlandsprodukt im Osten stieg 2006 nur um 2,2 %. Der Abstand zu den alten Bundesländern hat sich damit weiter erhöht. Die Unternehmens- Vermögenseinkommen stiegen 2004 auf 10,4 %, im Jahre 2005 auf 6,2 % und 2006 auf 6,9 %. Die Lohnnebenkosten sanken in den gleichen Jahren um 0,5, 0,9 und 1,1 %. Die Rentenversicherung erzielte 2006 erstmalig seit langem wieder einen Überschuss von 5,2 Mrd. €, obwohl die Zuweisungen aus dem Bundeshaus-halt sanken.

Das Gesetz über die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre wird zur Folge haben, dass die »Anpassungsdämpfung« durch Halbierung einer möglichen Rentenerhöhung nachgeholt wird. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass der Realwert der Rente immer stärker sinkt. Dies ist nicht länger hinnehmbar. Wir beziehen uns dabei auch auf das Urteil des Bundesverfas-sungsgerichts vom 28.04.1999, in dem es heißt: »Der Verzicht auf die Dynamisierung der Leistun-gen würde sonst einen für die Betroffenen nicht mehr zumutbaren Eingriff in ihre eigentumsge-schützten Ansprüche bewirken. Unterbliebe die Dynamisierung, ... käme dies der Beseitigung ihrer relativen versorgungsrechtlichen Position gleich.« (Akz.: 1 BvL 32/95 und 1 BvR 2105/95)

Die mit dem so genannten Nachhaltigkeits- gesetz verschärzte Formel der Rentenanpas-sung im § 68 und 255a SGB VI führt – wie die

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Produktivität z. Vorjahr	1,3 %	0,8 %	0,6 %	0,8 %	1,3 %	1,2 %	1,8 %
Bruttoinlandsprodukt z. Vorj.	3,2 %	1,2 %	0,2 %	0,2 %	1,6 %	1,1 %	2,7 %
Löhne Ost (€)	1982	2038	2099	2163	2215	2263	
Lohnsteig. insgesamt z. Vorj.	2,3 %	2,8 %	2,9 %	3,0 %	2,3 %	2,1 %	1,0 %
Rentenanpassung Ost	0,6 %	2,1 %	2,9 %	1,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Inflationsrate jeweils z. Vorj.	1,4 %	2,0 %	1,4 %	1,1 %	1,6 %	2,2 %	1,7 %

Das Schreiben ist unterzeichnet von Prof. Dr. Siegfried Mechler, Präsident des OKV, Prof. Dr. Wolfgang Richter, Bundesvorsitzender der GBM, Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V., Hans Bauer, Vorsitzender der GRH und Heinrich Tau-chert, Sprecher der Initiative für gerechte Alters-versorgung.

## Der Vorstand teilt mit:

### Vorstandssitzung am 28.03.2007

Der Vorstand begrüßte die Rechtsanwältin Jacqueline Stojew, die zu Beginn dieses Jahres ihre Tätigkeit im Rechtsanwaltsbüro Bleiberg aufgenommen hat. Sie berichtete, dass das zuständige Verwaltungsgericht überraschend die Klage zur Herausgabe der Daten für die Einkommensklärung im MfS abgewiesen hat. In der Begründung der Klageabweisung finden sich jedoch wertvolle Hinweise, wie ISOR in dieser Frage weiter vorgehen kann. So wurden die Daten des Bundesverwaltungsamtes eindeutig so bewertet, dass sie nicht vom sog. Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) erfasst sind. Ihre Herausgabe kann damit auch unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert werden, welches keine so hohen Hürden für die Herausgabe setzt, wie das StUG.

\*

Rainer Rothe informierte über ein Gespräch mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses im

Bundestag, Kersten Naumann. Er habe deutlich machen können, dass ISOR nunmehr eine baldige Antwort dieses Ausschusses zu den Petitionen bezüglich der Datenherausgabe erwartet.

\*

Wolfgang Edelmann berichtete, dass voraussichtlich Ende April die Thesen für das Gutachten zu den Einkommensverhältnissen im MfS vorliegen werden. Vorstand und Beirat von ISOR werden Ende April bzw. Anfang Mai 2007 dazu ausführlich beraten.

\*

Horst Bischoff berichtete von den parallel veranstalteten Parteitagen der Linkspartei.PDS und der WASG in Dortmund. Horst Parton und er waren als Gäste der Linkspartei.PDS eingeladen. Er hob besonders hervor, dass auf die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften, insbesondere den Sozialverbänden orientiert wurde und diese als gleichrangige Partner geachtet und akzeptiert werden sollen.

\*

Aus aktuellem Anlass ließ sich der Vorstand von

einem Fachanwalt für Medienrecht sachkundig informieren und beraten. Dieser erläuterte anschaulich das Spannungsverhältnis zwischen der weit gefassten Meinungs- und Pressefreiheit und den Persönlichkeitsrechten und gab wertvolle Hinweise für den Umgang mit den Medien.

\*

### Das ARD-Fernseh-Magazin »Fakt«...

brachte am 26.03.2007 einen Beitrag über die sog. Opferrenten, in dem auch zwei Sätze aus einem längeren Interview mit dem Vorsitzenden der ISOR e.V., Horst Parton, verwendet wurden. Seine Äußerungen wurden dazu missbraucht, Ansprüche und Forderungen von Personen, die in der DDR beteiligt wurden, mit „üppigen Pensionen für die Täter“ zu begründen. Wer den Beitrag genau verfolgte, konnte aber auch entnehmen, dass der Kampf von ISOR erfolgreich war und dass es dabei sehr wohl um die Durchsetzung von Rechtsansprüchen geht.

*Das vollständige Interview mit Horst Parton ist auf unserer Web-Seite nachzulesen:*

[www.isor-sozialverein.de/aktuelles](http://www.isor-sozialverein.de/aktuelles)

stellen der Widersprüche die notwendige Hilfe und Unterstützung. Auch Ehepartner, Verwandte und Bekannte unserer Mitglieder bezogen wir in diesen Prozess mit ein. Darüber hinaus wurde insbesondere in den Seniorensportgruppen für unser Vorhaben Aufklärung betrieben. Die formulierten Widersprüche richteten sich in ihrem Kern gegen die nicht eingehaltenen Versprechen der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, auf die Krankenkassen geeigneten Einfluss auszuüben und Vereinbarungen zu treffen, um die Krankenkassenbeitragssätze nach Verabschiedung des so genannten Wettbewerbsstärkungsgesetzes der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV-WSG), nicht zu erhöhen. Nachdem die Deutsche Rentenversicherung Bund gemerkt hatte, was mit der Verschickung der Bescheide für Arbeit auf sie zugekommen war, versandte sie nur noch eine Information an die Betroffenen über die Einbehaltung des erhöhten Krankenkassenbeitrages, wodurch nun keine Widerspruchsmöglichkeit mehr gegeben war. Wir ließen jedoch nicht nach in unserem beabsichtigten Wirken und verschickten auf die erhaltenen Informationen nunmehr Petitionen an den Bundestag, indem wir die Gesundheitsministerin aufforderten, ihre vor der Verabschiedung des GKV-WSG gemachten Versprechen einzulösen und dafür zu sorgen, dass die Erhöhung der Beitragssätze zurückgenommen bzw. zumindest kurzfristig reduziert werden. Jeder der im Harzkuratorium mitwirkenden Sozialvereine der drei Kreise hat zusätzlich an die Gesundheitsministerin ein ausführliches Protestschreiben verfasst, in welchem analog den Widersprüchen und Petitionen gegen die Rentenkürzung und generell wachsenden sozialen Belastungen der Rentner protestiert wird. Das Harzkuratorium mit all seinen Mitgliedern

## Aus unseren TIG



sieht ihre Aufgabe zunächst darin, in Abstimmung mit den Gruppenbetreuern bei auftretenden Fragen, Sorgen und Problemen Ratgeber und Kontaktvermittler für die Hilfe zur Selbsthilfe zu sein. Dabei arbeiten wir mit unserem in die Seniorenvertretung der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Marzahn berufenen Mitglied sowie mit professionell in der Seniorenbetreuung tätigen Mitgliedern eng zusammen. Für Hilfe in konkreten Notsituationen sind darüber hinaus alle Vereinsmitglieder gefragt. **Horst Reichard**

\*

### Aktion des Harzkuratoriums gegen die Rentenkürzung ab April 2007

Am 22. Februar 2007 haben die im Harzkuratorium vereinten Sozialverbände (DBwV, ISOR, BRH, GBM und GRH) der Kreise Quedlinburg, Halberstadt und Wernigerode auf ihrer periodisch durchgeführten Sitzung beschlossen, eine konzertierte Aktion gegen die, wegen der Beitragssatzerhöhung der meisten Krankenkassen ab April angekündigten Kürzung der Rente, zu starten. Ausgangspunkt waren die von der Deutschen Rentenversicherung Bund zunächst verschickten Rentenbescheide. Unsere wichtigste Aufgabe bestand als erstes darin, alle Betroffenen der einzelnen Vereine zu erreichen, denn nicht jeder nahm den erhaltenen Bescheid entsprechend ernst und legte ihn als Bagatelle zu den Akten. Wir konnten immerhin ca. 90 Prozent dieser Mitglieder noch rechtzeitig erreichen. Die älteren Rentner erhielten beim Er-

und unter Einbeziehung weiterer Betroffener beteiligt sich darüber hinaus aktiv an der Postkartenaktion der Volkssolidarität an die Bundeskanzlerin für die Erhaltung der Lebensqualität aller Rentner und gegen den immer weiter zunehmenden Sozialabbau. Wir wissen natürlich, dass wir mit unserer konzentrierten Aktion gegen Rentenkürzung und allgemeinen Sozialabbau nicht sofort eine positive Veränderung herbeiführen werden und können. Wir wissen aber auch, dass die Mächtigen und Herrschenden dieses Landes ohne unseren Widerstand skrupellos ihren Reichtum auf Kosten der Schwachen der Gesellschaft weiter vermehren und die Schere zwischen arm und reich immer größer wird. Die Mitglieder des Harzkuratoriums rufen deshalb alle ISOR-Mitglieder und alle solidarischen Mitstreiter, die mit ISOR in anderen Verbänden und Vereinen verbunden sind, auf, in ihrem Kampf für soziale Gerechtigkeit nicht nachzulassen und jede Gelegenheit zum Protest zu nutzen.

**Heinz Tischner**

*Die Redaktion verweist darauf, dass dieser Aufruf des Harzkuratoriums übereinstimmt mit der Orientierung des Vorstandes sich in territorialen sozialen Bündnissen zusammenzuschließen.*

### Auf dem Büchermarkt:

Klaus Eichner/Gotthold Schramm (Hrsg.): **Angriff und Abwehr – Die deutschen Geheimdienste nach 1945;**

edition ost, 2007; ISBN 978-3-360-01082-7

Preis: 24,90 €

Im Buch werden in faktenreicher Darstellung die braunen Wurzeln der Gründergeneration des Sicherheitsapparates der BRD enthüllt, die Vielzahl der Kriegsverbrecher, Massenmörder und Folterer beleuchtet, die sich um den Aufbau der Sicherheitsdienste der BRD verdient gemacht hatten.

Im Gegensatz dazu werden die Biographien der Gründer und des Aufbaus der Volkspolizei und des MfS vorgestellt, alle aus dem antifaschisti-

schen Widerstand kommend: Spanienkämpfer, Insassen von KZ und Zuchthäusern, Kämpfer und Kundschafter an der Seite der Roten Armee, Emigranten und Illegale Kämpfer ...

Wenn jemals eine Gesellschaftsordnung wegen ihrer personellen Kontinuität mit dem faschistischen Reich delegitimiert werden muss, dann ist das die Gesellschaftsordnung des westdeutschen Nachkriegsdeutschland. Das Buch bringt dazu die Beweise für entscheidende Säulen der BRD.

### Von Mitglied zu Mitglied:

FEWO \*\*\* im Ostseebad Sellin in unmittelbarer Südstrandnähe (250m) ganzjährig nutzbar.  
Tel./Fax.: 038303-86789

\*

Gaststätte/Pension »Wanderheim Oberjugel« in Johannegeorgenstadt, unmittelbar an der Kammlaube in ruhiger Waldlage bietet 5 x 2-Bett- und 1 x 1-Bettzimmer – Tel.: 03773-880460

## ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

### Zum 93. Geburtstag:

Kurt Koch, Suhl  
Elli Wachs, Erfurt

### Zum 92. Geburtstag:

Elfriede Ache, Suhl  
Willi Michel, Potsdam

### Zum 88. Geburtstag:

Fritz Thon, Erfurt

### Zum 87. Geburtstag:

Margarete Callmuth, Bln.-Mitte  
Charlotte Diebelt, Leipzig  
Paul Greiling, Bad Langensalza  
Friedrich Hoppe, Bln.-Pankow  
Gertrud König, Görlitz  
Margarethe Püttker, Magdeburg  
Karl Schleicher, Leipzig  
Kurt Schulze, Güstrow  
Heinz Sievert, Bln.-Li'berg

### Zum 86. Geburtstag:

Fritz Ackermann, Brandenburg  
Bruno Henning, Bln.-Hhsn.  
Meta Lüdecke, Magdeburg  
Willi Pächer, Chemnitz  
Willi Winkler, Halle/S.  
Werner Zingelmann, Neubrandenbg.

### Zum 85. Geburtstag:

Kurt Bloßfeld, Hettstedt  
Otto-Karl Brosche, Bln.-Treptow  
Heinz Gneuß, Rostock  
Martha Hille, Friedersdorf  
Ilse Kiehl, Bln.-Fr'felde  
Horst Klupsch, Löbau  
Herbert Kuna, Bln.-Köpenick

Heinrich Mutschler, Rostock

Werner Olbrich, Dresden

Josef Opl, Bln.-Fr'hain

Wanda Prietz, Lübben

Margarete Rettig, Bln.-Marzahn

Ilse Schebesta, Bergfelde

Hans Seidel, Chemnitz

Kurt Teschner, Pdm.-Wildpark

Günter Wolter, Bln.-Fr'hain

### Zum 80. Geburtstag:

Margarete Baenz, Schwerin

Inge Beutert, Belzig

Kurt Beyer, Dresden

Heinz Blauert, Bln.-Mitte

Gerhard Boden, Dresden

Ernst-Günter Böhme, Bln.-Mitte

Willi Bornkampf, Magdeburg

Heinz Brandt, Leipzig

Gisela Ehrenperger, Bln.-Treptow

Hans Groß, Dolgenhorst

Marga Hornung, Kleinmachn./Teltow

Horst Henze, Rehfelde

Manfred Jahn, Bln.-Marzahn

Christa Koch, Freiberg

Ursula König, Bln.-Fr'hain

Hans Krohn, Bln.-Treptow

Lieselotte Krusche, Bln.-Karlshorst

Ewald Kupka, Bln.-Weißensee

Roland Lohs, Bln.-Köpenick

Walter Marose, Cottbus

Rolf Münnzner, Chemnitz

Helmut Neumann, Löbau

Heinz Oehmigen, Leipzig

Fritz Otto, Aschersl./Hoym

Heinz Reichert, Prenzlau

Friedrich Roche, Kleinmachn./Teltow

Siegfried Schmeißer, Meiningen

Ruth Schödel, Forst

### Zum 75. Geburtstag:

Helmut Ameling, Potsdam/W-stadt

Dr. Achim Aporius, Neubrandenbg.

Gerda Behrendt, Neu Fahrland

Erich Blazek, Leipzig

Horst Born, Gardelegen

Lothar Böhme, Leipzig

Waltraud Böttcher, Bln.-Fr'felde

Herbert Drasdo, Bln.-Fr'felde

Bodo Dräger, Rostock

Joachim Dudek, Bln.-Weißensee

Herbert Friedrich, Grünheide

Horst Gallmeister, Strausberg

Erika Geißler, Bln.-Hhsn.

Gerhard Grossert, Neubrandenbg.

Helmut Heckel, Geltow/Wildpark-W.

Roland Herrmann, Bln.-Li'berg

Max Hirsch, Görlitz/Dresden

Alfred Honymus, Bln.-Treptow

Hans Hubig, Aschersleben

Erika Hübsch, Erkner

Dr. Rolf Jähn, Bln.-Treptow

Wolfgang Jentsch, Halle

Siegfried Kaluziak, Feuseldorf

Heinz Kastner, Gera

Reinhold Kollosche, Bln.-Weißensee

Sonja Kranzel, Leipzig

Eberhard Krödel, Bln.-Treptow

Gerhard Kühnlenz, Bln.-Hellersdorf

Heinz Küßner, Frankfurt/O

Hans Jürgen Laufer, Görlitz

Harry Lehmann, Dabel

Kurt Lemmer, Stralsund

Heinz Lindner, Görlitz

Ernst Melzer, Bln.-Li'berg

Waltraud Noah, Meißen

Hildegard Nordmann, Woltersdorf

Max Pohl, Bln.-Li'berg

Wilfried Prescher, Pirna

Reinhold Purtik, Sassnitz

Helfried Reinhard, Bln.-Hhsn.

Gerhard Reißmann, Bln.-Hellersd.

Günter Richter, Neue Mühle

Helmut Rielicke, Leipzig

Anneliese Rothbauer, Wriezen

Rolf Sachse, Frankfurt/O

Siegfried Salz, Bln.-Weißensee

Brigitte Schmidt, Bln.-Marzahn

Erika Schmidt, Bln.-Hhsn.

Gottfried Schubert, Annaberg-Buchh.

Ursula Schulz, Magedburg

Ingrid Schwertfeger, Bln.-Fr'hain

Thomas Scuderis, Greifswald

Günter Skarzynski, Cottbus

Fritz Staudte, Halle

Karl-Heinz Strobel, Bln.-Mitte

Manfred Taubert, Gardelegen

Anneliese Teshmer, Bln.-Marzahn

Hildegard Thiele, Luckenw./Jüterb.

Max Urban, Bln.-Hhsn.

Werner Urbschat, Bln.-Fr'hain

Hans-Georg Waldow, Rostock

Fred Weisheimer, Bln.-Köpenick

Renate Wengk, Bln.-Köpenick

Manfred Wirth, Bln.-Mitte

Liane Wolter, Eilenburg

Karl-Heinz Worbs, Cottbus

## AG Recht informiert:

### Nachzahlung sichern!

Keine Nachzahlungen mehr bei falschen Rentenbescheiden – so und ähnlich titelten in jüngster Zeit die Zeitungen vielerorts. Sind auch wir betroffen, wollen viele Mitglieder wissen, und was hat es auf sich mit dieser Schlagzeile?

#### Wie war es bisher?

Es bleibt dabei, dass nach Erfolg eines Widerspruchs oder einer Klage die Rente in der Regel von Beginn an nachgezahlt werden muss.

War der Bescheid bestandskräftig – also besteht kein Widerspruch oder keine Klage –, wurde über vier Jahre rückwirkend nachgezahlt (§ 44 Abs. 4 SGB X).

#### Was soll sich ändern?

#### (§ 100 Abs. 4 SGB VI neu)

1. Ist die Rente wegen einer verfassungswidrigen Vorschrift falsch berechnet worden, so sollen künftig bestandskräftige Bescheide nur ab dem Tag der Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts geändert werden. Diese Regelung kennen wir bereits von den bisherigen Änderungen im Bereich des AAÜG.

2. Neu wird festgelegt, dass es auch dann keine Nachzahlung mehr geben soll, wenn bestandskräftige Bescheide aufgrund von Urteilen des Bundessozialgerichts zu ändern sind, die feststellen, dass z.B. der Rentenversicherungsträger ein Gesetz falsch angewandt hat.

Diese Regelung soll noch in diesem Jahr in Kraft treten.

#### Worum geht es denn eigentlich?

Anlass der vorgesehenen Abschaffung der Nachzahlungsregelung ist der Streit darum, dass auch dann, wenn die Erwerbsminderung (früher Erwerbsunfähigkeit) vor der Vollendung des 60. Lebensjahres eingetreten ist, die Erwerbsminderungsrente seit 2001 nur mit Abschlägen berechnet und gezahlt wird. Das hat das Bundessozialgericht als gesetzwidrig verurteilt. Abschläge dürfen bei der Erwerbsminderungsrente erst ab Vollendung des 60. Lebensjahres vorgenommen werden.

Nach der neuen gesetzlichen Regelung genügt ein solches positive Urteil nicht allein, damit sich für alle Betroffenen etwas ändert.

Vielmehr soll es für alle erst von dem Zeitpunkt an gelten, zu dem klar ist, dass das Bundessozialgericht ständig so urteilen wird (sogenannte ständige Rechtsprechung).

Das bringt für die Rentner und Rentnerinnen eine große Rechtsunsicherheit mit sich und öffnet der Rentenversicherung Tür und Tor dafür, die Neuberechnung der Rente für die Zukunft hinauszögern. Es ist daher abzusehen, dass es darum noch viel Streit geben wird. Informationen und Empfehlungen dazu werden zu gegebener Zeit folgen.

Jetzt geht es jedoch darum, was bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zu tun ist, um Nachzahlungsansprüche zu retten.

#### Wer soll jetzt reagieren und wie?

##### a) Erwerbsminderungsrentner

Wie das Beispiel zeigt, sind diejenigen betroffen, deren Erwerbsminderungsrente 2001 oder später mit Abschlägen (0,3 % pro Monat) berechnet wurde und die am Beginn dieser Rente noch nicht 60 Jahre alt waren (Empfehlung dafür im Kasten).

##### Adresse des Rentenversicherungsträgers

Absender	Datum
----------	-------

Versicherungsnummer	
---------------------	--

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich,

den Bescheid vom ... dahingehend zu ändern, dass meine Rente wegen Erwerbsminderung für die Zeit vor der Vollendung meines 60. Lebensjahres mit dem Zugangsfaktor 1,0 berechnet und gem. § 44 Abs. 4 SGB X nach-zahlt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

##### b) Höhe des Dienstbeschädigungsausgleichs

Entsprechend der ISOR-Empfehlung sind schon viele Anträge gestellt (für ehemalige NVA-, Mdl- oder Zoll-Angehörige s. ISOR aktuell 2/04, Seite 5) oder Widersprüche (für ehemalige Mfs-

Angehörige s. ISOR aktuell 3/2004, Seite 6) eingelebt.

Wer einen bestandskräftigen Bescheid hat und noch keinen Antrag auf dessen Änderung bzw. Überprüfung gestellt hat, sollte dies unverzüglich noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes tun. Danach kann es zu spät sein, um noch Nachzahlung zu erhalten.

## Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HANS-JOACHIM ALBRECHT, Dresden

WALTER ARNOLD, Chemnitz

ERHARD BERGER, Greifswald

SIEGFRIED BUCHERT, Mittenwalde

UDO DIEßNER, Bln.-Li'berg

GERHARD END, Hildburghausen

ROLF FISTER, Bln.-Fr'hain

KARL GESS, Rostock

DIETER HARTMANN, Riesa

GÜNTER HEYDRICH, Schönbach

DR. ALEXANDER HORNEBURG, Baabe

SIEGFRIED KNECHT, Erkner

DIETRICH KOMMOLK, Radebeul

WERNER KÖGLER, Hirschberg

DORA KRAUSE, Pdm.-Waldstadt

URSULA KRAUSE, Bln.-Köpenick

HEINZ LOOS, Hermannsdorf/Annab.

ERNST NEUBERT, Cottbus

BODO PÜTTER, Dresden

ROLF REIBOLD, Dresden

ULRICH RETTSCHLAG, Schwerin

KARL-HEINZ SCHMID, Jena

WALLI SCHMIDT, Bln.-Hellersdorf

ALFRED SCHUMANN, Bln.-Köpenick

GÜNTER SEIFERT, Leipzig

ELEONORE SENEBALD, Erfurt

ALFONS STEIN, Bln.-Hhsn.

ERNI STÖCKIGT, Bln.-Hellersdorf

KLAUS THIEME, Suhl

WERNER THOSS, Plauen

CHRISTA TITEL, Bln.-Hhsn.

HEINZ WENDLAND, Schwerin

RUDI ZANDER, Bln.-Fr'hain

## Ehre ihrem Andenken

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 28.03.2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.04.2007

Einstellung im Internet: 04.05.2009

Auslieferung: 10.05.2007

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

**Weitergeben ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ Weitergeben**